

Dedy verwies darauf, dass es vielerorts immer schwieriger werde, Geflüchtete angemessen unterzubringen und zu versorgen. „Es ist zu befürchten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten weiter schwinden, wenn sich die Entwicklung der letzten Monate unverändert fortsetzt“, warnte der Spitzenvertreter des Städtetags. Die Länder müssten deutlich mehr Plätze in Landeseinrichtungen schaffen und der Bund müsse abgestimmte Konzepte für eigene Unterbringungskapazitäten zur Erstaufnahme vorlegen. „Das würde uns in den Städten Zeit verschaffen, langfristige Lösungen zu finden“, sagte Dedy.

Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz (CSU) forderte eine Abweisung von Flüchtlingen und Migranten an den deutschen Grenzen. Die Bundespolizei solle „sämtliche Befugnisse zu Zurückweisungen“ erhalten, sagte sie der „Rheinischen Post“. Für nötig hält die CSU-Politikerin Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz „und eine nationale Kraftanstrengung der Bundespolizei und aller Landespolizeien zur Sicherung der Grenzen“. Die Union strecke dem Bundeskanzler „die Hand aus für die dringend benötigte Asylwende“. Der Bundestag berät an diesem Freitag über einen Antrag der Union zur Begrenzung irregulärer Migration.

## **KI-Experte warnt vor Machtkonzentration bei Regierungen und Konzernen**

Schwerte (epd). Künstliche Intelligenz (KI) führt nach Einschätzung des Informatik-Professors Jörg Schäfer zu weiterer Machtkonzentration bei wenigen privaten Konzernen und Regierungen. Es seien vor allem die US-amerikanischen Tech-Giganten und das autoritär regierte China, die die Entwicklungen in diesem Bereich vorantreiben, sagte Schäfer am Donnerstagabend in einer Online-Veranstaltung der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte. Zudem werde sich das Verhältnis des Menschen zur Realität verändern.

Durch KI-Anwendungen würden Autoren- und Urheberrechte millionenfach verletzt, kritisierte Schäfer. Der Text-Generator Chat-GPT habe sich alle jemals digitalisierten Texte angeeignet; die Anwendung DALL-E, die visuelle Informationen generiert, habe Millionen von Kunstwerken „gelernt“ und nutze sie. „Haben die Autoren dazu eingewilligt? Wurden die Urheber für die Nutzung kompensiert?“, fragte der Experte.

Schäfer sagte massive Veränderungen in kreativen Branchen und Berufen voraus. Manche Tätigkeiten würden ganz wegfallen, andere transformiert, erklärte er im Blick etwa auf die Filmindustrie, die Kunst sowie Fotografie und Journalismus. In der Folge drohten eine „Ausdünnung“ von Kreativität und eine Nivellierung auf Mittelmaß.

## Gesellschaft

In Zukunft werde es immer schwerer, zu unterscheiden, was wirklich sei und was nicht, sagte der Informatiker. Zum Beispiel gelinge der KI inzwischen die Imitation von Stimmen nahezu perfekt. Es gebe Voraussagen in der Forschung, wonach in einigen Jahren 90 Prozent der Inhalte im Internet von Maschinen generiert würden. Schäfer bezeichnete solche Prophezeiungen als „Dystopie“ - das Gegenbild der positiven Utopie. Die Künstliche Intelligenz zwingt dazu, sich mit dem eigenen Menschenbild auseinanderzusetzen, mahnte Schäfer.

## Gesellschaft

### **Neue Leitentscheidung zum Braunkohle-Ausstieg fürs Rheinische Revier**

Düsseldorf (epd). Nach der Verständigung von Land, Bund und Bergbauunternehmen auf Eckpunkte eines vorgezogenen Ausstiegs aus der Braunkohlenverstromung bis 2030 hat das nordrhein-westfälische Landeskabinett eine neue Leitentscheidung für das Rheinische Revier beschlossen. Das Ende des Tagebaus Garzweiler wird vorgezogen und die zu gewinnende Kohlemenge dort auf 280 Millionen Tonnen halbiert, wie das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz und Energie am Freitag in Düsseldorf mitteilte. Das entspricht den Angaben zufolge etwa 280 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), die nicht mehr emittiert werden.

Zudem werden Mindestabstände zum Tagebaurand festgelegt. Drei Höfe und fünf Dörfer in Erkelenz bleiben demnach erhalten und werden gesichert. Die Dörfer hätten damit auch die Chance, sich zu „Orten der Zukunft“ zu entwickeln, hieß es.

Die Leitentscheidung legt den Rahmen für die Rekultivierungsziele und für eine nachhaltige Entwicklungsperspektive fest. „Wir wollen Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas entwickeln, unseren Wirtschaftsstandort sichern und den Beschäftigten eine gute Zukunftsperspektive eröffnen“, erklärte Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne). „Mit der Leitentscheidung setzen wir deshalb den Weg zum Ausstieg aus der Braunkohle konsequent fort.“ Die Leitentscheidung regelt auch die Gestaltung der Tagebauseen im Zeichen des Klimawandels und die Sicherung der Wasserversorgung in der Region.

Neubaur bezeichnete die Leitentscheidung als Meilenstein, sie markiere „einen historischen Punkt“. Mit der Leitentscheidung werden die Ziele für den vorgezogenen Kohleausstieg 2030 und insbesondere die räumliche Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II in Vorgaben für die Planungs- und Fachverfahren umgesetzt. Für die Tagebaue Inden und Hambach ist bereits ein früheres Auslaufen des Kohleabbaus bis Ende 2029 gesetzt.